

**BASLER**
**FREISINN**
**Selber entscheiden.**
**Renteninitiative  
unterschreiben!**
**Unsere Grossrätin und unsere Grossräte**

Wir hatten es anders erhofft, denn unsere 100 Kandidierenden haben sich im Wahlkampf grossartig eingesetzt wie schon lange nicht mehr. Aber das neue Wahlgesetz, das kleine Parteien bevorzugt, die grüne Welle sowie Proporzpech im Westen und im Kleinbasel haben zu einem schmerzhaften Verlust von drei Sitzen geführt. Sehen Sie, wer unsere Partei in den nächsten vier Jahren im Grossen Rat vertreten wird.

Seiten 3 und 4

**Wir gedenken Blanche Staehelin**

Im Nachruf erinnert Max Pusterla an die aussergewöhnliche ehemalige Grossrätin.

Seite 4

**Interview mit Baschi Dürr und Stephanie Eymann**

Stephanie Eymann und Baschi Dürr gehen optimistisch in den 2. Wahlgang. Sie sagen, wie sie sich fühlen und wie sie die Gelegenheit packen wollen.

Seiten 5 und 6

**Unsere Parolen zu den kantonalen und eidgenössischen Abstimmungsvorlagen**

Am 29. November geht es auch um wichtige Abstimmungen im Kanton und auf eidgenössischer Ebene. Lesen Sie, was die FDP.Die Liberalen für Parolen beschlossen hat.

Insbesondere die Abstimmung über das Hafenecken 3 ist entscheidend für die Entwicklung unseres Kantons.

Aber auch die Abstimmungen über die Wohnvorlage sowie über die Trinkgeldinitiative stellen wichtige Weichen für unsere Zukunft. Deshalb unbedingt abstimmen!

Seiten 6 und 7

**Wählen Sie mit uns  
im 2. Wahlgang  
Stephanie Eymann  
und Baschi Dürr**

**Am 29. November 2020 sind noch drei Plätze im Regierungsrat sowie das Regierungspräsidium zu vergeben.**

**Helfen Sie mit, dass am 29. November 2020 im 2. Wahlgang nach Conradin Cramer und Lukas Engelberger auch Baschi Dürr (bisher) und Stephanie Eymann (neu) in die Regierung gewählt werden – dazu Stephanie Eymann ins Regierungspräsidium. Beide stehen für Stabilität, Kontinuität, Führungserfahrung und Teamgeist.**

# Inhalt

- 3–7 Basler Freisinn
- 8/9 Umfrage mit vielen Feedbacks
- 10 Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz auf einen Blick
- 11 Fünf Stimmen für eine liberale Umweltpolitik
- 12 Sammeltag für die Renteninitiative
- 13 Romi Stebler ist neu Regierungstatthalterin in Biel
- 14 FDP Frauen lancieren Initiative
- 15 KMU engagieren sich gegen die UVI
- 16/17 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview
- 18/19 Digitale DV in Luzern
- 20 Vorschau auf die Wintersession
- 21 Petra Gössi zum Rahmenabkommen
- 22 Vaterschaftsurlaub als erster Schritt
- 23 Vermischtes



## Liebe Freisinnige

Der soziale und politische Austausch ist seit einigen Monaten erschwert. Deshalb war es mir wichtig, Ihre Meinung über eine Umfrage zu erfahren. Rund 16 000 Mitglieder haben an dieser Befragung zur Enkel-Strategie teilgenommen. Sie, liebe Freisinnige, haben damit eindrücklich Ihre Bereitschaft bewiesen, Ihren Beitrag dazu zu leisten, dass auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Herzlichen Dank!

Ihre Rückmeldungen fliessen nun in unsere umfassende Enkel-Strategie ein, die in den nächsten Monaten erarbeitet wird.

## Sichere Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen

Ein zentraler Pfeiler unserer Enkel-Strategie ist die Verantwortung, den kommenden Generationen eine intakte Lebensgrundlage zu hinterlassen. Mit dieser Überzeugung haben unsere Delegierten bereits letztes Jahr sehr deutlich eine griffige und freisinnige Umweltpolitik gutgeheissen. Seither hat die FDP-Liberale Fraktion diese Beschlüsse im Parlament Schritt für Schritt in die Tat umgesetzt – so auch bei der Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Dank der FDP konnte im Parlament eine mehrheitsfähige Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Die angekündigte Referendumsabstimmung gefährdet aber unser langfristiges Ziel aus dem Positionspapier von 2019: Netto-null-Emissionen bis 2050. Darum gilt es bereits jetzt, die richtige Entscheidung zugunsten unserer Enkel zu fällen.

## Nein zu Hochrisikoexperimenten!

Auch bei anderen Brennpunkten braucht es die richtigen Weichenstellungen zugunsten der künftigen Generationen. Am 29. November 2020 stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) und die GSoA-Initiative ab.

Die UVI verfolgt hehre Ziele, doch letztlich richtet sie mit ihren radikalen Forderungen mehr Schaden für den Wirtschaftsstandort Schweiz und alle unsere Schweizer Unternehmen an, als dass sie tatsächlich Verbesserungen bei der Einhaltung von Menschenrechten und dem Schutz der Umwelt bringt. Mit einem Nein helfen Sie zielführender, denn der Gegenvorschlag, der bei einem Nein automatisch in Kraft tritt, nimmt die Unternehmen mit geeigneteren Gesetzen in die Verantwortung, ist aber gleichzeitig international abgestimmt und für die Wirtschaft tragbar.

Auch die GSoA-Initiative verfehlt ihr Kernanliegen. Anstatt eine friedlichere Welt zu schaffen, gefährdet sie das Vorsorgevermögen aller Schweizer/-innen durch starre, nicht umsetzbare Regeln für die AHV und die Pensionskassen. Wenn auch unsere Kinder und unsere Enkelkinder noch von den gleichen Vorsorgeleistungen profitieren sollen wie die heutigen Generationen, ist diese hochgefährliche Initiative klar abzulehnen. Nun wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre!

Ihre Petra Gössi  
Parteipräsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

# Die Türe zum Rathaus steht weit offen

Luca Urgese, Parteipräsident

Ein Raunen ging durch das Congress Center, als die Zwischenresultate der Regierungsratswahlen vorgestellt wurden. Unser Viererticket überzeugt im ersten Wahlgang, denn Conradin Cramer, Baschi Dürr, Lukas Engelberger und Stephanie Eymann stehen allesamt unter den ersten sieben Plätzen. Die Türe zum Rathaus steht im zweiten Wahlgang nun weit offen.

Wenn die Wählerinnen und Wähler am 29. November 2020 ihre Stimmen abgeben, haben sie eine klare Wahl. Auf der einen Seite stehen zwei Kandidierende von links, die in wichtigen Fragen wie der Wohnraum- oder der Wirtschaftspolitik sogar eine noch linkere Haltung vertreten als die aktuelle rot-grüne Regierung.

## Jetzt braucht es Stabilität, Führungserfahrung und Teamgeist

Auf der anderen Seite stehen unsere beiden bestens qualifizierten Kandidierenden Baschi Dürr und Stephanie Eymann. Jetzt, wo die Pandemie die Verantwortlichen herausfordert wie schon lange nicht, geht es darum, Basel-Stadt Schritt für Schritt stabil aus der Krise zu führen. Dafür braucht es Führungserfahrung und Teamgeist.

## Geschlossene Unterstützung

Während die kurzfristig aus dem Hut gezauberte Kandidatin der linksalternativen BastA selbst bei SP und Grünen umstritten ist, stehen CVP, FDP, LDP und inzwischen auch viele SVP-Exponenten geschlossen hinter Baschi Dürr und Stephanie Eymann.

Offenbar billigt Rot-Grün den eigenen Kandidierenden so wenig Überzeugungskraft zu, dass sie ihnen einen bereits gewählten Regierungsrat als neuen Regierungspräsidenten zur Seite stellen muss.

Demgegenüber haben Baschi Dürr und Stephanie Eymann bereits im 1. Wahlgang überzeugt. Sie sind klar die bessere Wahl für Basel-Stadt. Im Interview ab Seite 5 erfahren Sie mehr über unser starkes Duo für die Regierung.

## Enttäuschende Grossratswahlen

Wenig erfreulich ist demgegenüber unser Ergebnis bei den Grossratswahlen. Zwar ist es uns gelungen, uns nach dem Absturz auf 6% bei den nationalen Wahlen im letzten Jahr wieder auf 8,4% zu steigern. Dafür gebührt allen, die sich eingesetzt haben, ein grosser Dank. Aber



dies ist mit Blick auf den Verlust an Wähleranteilen und Sitzen gegenüber 2016 ein schwacher Trost. Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Erstens geht die grüne Welle weiter, das sehen wir an den Gewinnen von Grünen und Grünliberalen. Zweitens zeigen die Verluste der FDP auch bei anderen kantonalen Wahlen, dass die FDP derzeit national zu kämpfen hat.

## Wir kommen wieder

Auf diese Feststellungen können und wollen wir uns nicht beschränken. Wir wollen die freisinnige Trendwende. Diese wird nicht von alleine kommen. Themen wie Frauen- und Jugendförderung, Mobilisierung, Wahrnehmung, Kommunikation und Themensetzung müssen wir vorbehaltlos neu beurteilen. Daran werden wir miteinander intensiv arbeiten. Gemeinsam schaffen wir das!

Luca Urgese  
Präsident FDP Die Liberalen Basel-Stadt  
Grossrat Grossbasel West

## Das Wichtigste zu den Grossratswahlen auf einen Blick

2020 waren in Basel-Stadt 105 348 Personen (2016: 106 407) wahlberechtigt. Davon gaben 45 810 (44 329) ihr Wahlcouvert ab. Das ergab eine Wahlbeteiligung von 43,5% (41,7%).

Obwohl wir von der FDP mit 8,4% der Wählerstimmen mehr Anteil haben als die GLP (7,8%) oder die CVP (6,3%), haben wir mit 7 Sitzen leider einen weniger als die GLP (8) und gleich viele wie die CVP (7). Da, wo wir vor vier Jahren Proporzglück hatten, ging es diesmal leider in die andere Richtung.

Wir wussten, dass aufgrund des neuen Wahlgesetzes 2 Sitze (je einer im Westen und im Kleinbasel) gefährdet sein könnten, aber der 3. Verlust im Osten ist sehr schmerzhaft. Das neue Wahlgesetz hatte insofern Einfluss, als den Kleinparteien zusätzliche 3 Sitze zugeteilt wurden (EVP +2, Liste Weber +1).

## Am besten, Sie füllen Ihren Wahlzettel für den 2. Wahlgang so aus:

1. Bei Regierungsrat nur Baschi Dürr und Stephanie Eymann ankreuzen.
2. Drittes Kästchen bei Regierungsrat leer lassen.
3. Beim Regierungspräsidium Stephanie Eymann ankreuzen.



## Straumann Hipp

Zukunft bauen – seit 1807.

Ihr Bauunternehmer in der Region und Ansprechpartner für Neu- und Umbauten, Renovationen und Sanierungen, Kundenmaurer- und Kundengipsarbeiten, Schadstoffsanierungen und Schadstoffberichte, sowie bei Dachdecker-, Spenglerarbeiten und vieles mehr.

Straumann-Hipp AG | Hardstrasse 92 | 4052 Basel | 061 311 38 60 | info@st-h.ch | straumannhipp.ch

# Unsere Gewählten

## Wahlen in den Grossen Rat

Wir gratulieren unserer Grossrätin und unseren Grossräten herzlich zur Wahl und danken allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihren grossen Einsatz zugunsten unserer liberalen Ideale und Inhalte. Es wurde in allen Wahlkreisen sehr viel geleistet. Hier die wichtigsten Resultate:



### Grossbasel West, 2 Sitze (vorher 3)

Die Stimmzahl betrug 38 797 (2016: 35 609), der Anteil 7,3% (2016: 7,1%), was einer leichten Zunahme von 0,2 Prozentpunkten entspricht. Dennoch gab es einen Sitzverlust. Gewählt sind die beiden Bisherigen **Luca Urgese** und **Karin Sartorius Brüscheiler**. Ersnachrückende sind Christian Moesch und Christian Egeler.



### Grossbasel Ost, 2 Sitze (vorher 3)

Die Stimmzahl betrug 29 576 (2016: 38 284), der Anteil sank um 2,6 Prozentpunkte auf 8,9% (2016: 11,5%). Daraus resultiert leider ein Sitzverlust. Gewählt sind die beiden Bisherigen **Erich Bucher** und **David Jenny**. Ersnachrückende sind Daniel Stolz und Nadine Gautschi.



### Kleinbasel, 2 Sitze (vorher 3)

Die Stimmzahl betrug 16 667 (2016: 21 288), der Anteil sank um 2,3 Prozentpunkte auf 6,3% (2016: 8,6%), was sich in einem Sitzverlust niederschlug. Gewählt sind die beiden Bisherigen **Beat Braun** und **Mark Eichner**. Ersnachrückende sind Peter Bochsler und Daniel Seiler.



### Riehen, 1 Sitz (vorher 1)

Die Stimmzahl konnte auf 9 538 (2016: 7 495) gesteigert werden. Der Anteil stieg um sehr erfreuliche 2,7 Prozentpunkte auf 14,0% (2016: 11,3%). Trotzdem reichte es nicht für einen Sitzgewinn. Wiedergewählt wurde **Andreas Zappalà**, Ersnachrückende ist Silvia Schweizer.

### Bettingen, 0 (0)

Mit einem engagierten Wahlkampf hat Dominik Scherrer den beachtlichen Stimmenanteil von 41% gegen den bisherigen Grossrat erreicht.

Die **Detailresultate** finden Sie im Internet auf [www.bs.ch](http://www.bs.ch) unter «Wahlen und Abstimmungen».

## Die Basler FDP trauert um Blanche Staehelin



Vor wenigen Wochen nahmen wir Abschied von Blanche Staehelin. Sie wurde am 24. September im Alterszentrum Adullam von ihren Beschwerden des Alters erlöst.

Nach der Matur am Basler Maitli-Gymnasium liess sie sich in Genf zur Sozialarbeiterin ausbilden. Ihre erste Stelle trat sie in Zürich an, kehrte schon bald wieder nach Basel zurück, um bis zu ihrer Pensionierung im Augenspital zu arbeiten.

Neben ihrer beruflichen Tätigkeit war sie auch politisch und sozial überaus aktiv. Für die Basler FDP gehörte sie von 1980 bis 1992 und wieder von 1997 bis 2001 dem Grossen Rat an. Von 1988 bis 1997 war sie auch Bürgergemeinderätin. Zudem bekleidete sie während einiger Zeit das Amt einer Vizepräsidentin der Partei.

Gesundheits- und Sozialthemen galten als ihr Spezialgebiet. So war sie eine der Initiantinnen für den vom Roten Kreuz betriebenen Telefonnotruf für ältere und hilfsbedürftige Menschen, damit diese länger selbst bestimmend in ihren Wohnungen bleiben können.

Neben ihrer über 60-jährigen Mitgliedschaft im Zontaclub Basel, dem Service-Club für Frauen weltweit, bekleidete sie auch während Jahren das Vizepräsidium der Pro Senectute Basel-Stadt.

Regelmässig besuchte sie das Theater, Konzerte, Museen und unternahm Kunstreisen ins Ausland. In der Familie wurde Tante Blanche von ihren zahlreichen Nichten und Neffen, Grossnichten und -neffen sowie ihren Urgrossneffen und -nichten als «Institution» bezeichnet, war doch bei ihr und mit ihr immer etwas los.

Mit Blanche verbindet mich ein ganz persönliches Erlebnis: Als ich im September 1990 für Parteipräsident Dölf Bucher in den Grossen Rat nachrückte, empfing mich Blanche Staehelin an meinem ersten Sitzungstag vor dem Rathaus. Führte mich via damals noch verrauchter Garderobe in den Sitzungssaal, zeigte mir meinen Platz und lud mich in einer ruhigen Verhandlungsphase auch noch ins Rathaus-Käffeli ein.

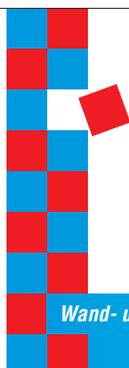
Blanche Staehelin verstarb in ihrem 95. Lebensjahr. Gleich wie ihre liberale Basler FDP werde ich sie in allerbesten Erinnerung behalten.

Max Pusterla

## R. Soder Baugeschäft AG

Oberdorfstrasse 10  
Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 03 30  
Fax 061 641 21 67  
soderbau@bluewin.ch



## Lergemüller AG

Oberdorfstrasse 10, Postfach 108  
4125 Riehen 1

Telefon 061 641 17 54  
Fax 061 641 21 67  
lergemueller@bluewin.ch

Wand- und Bodenbeläge – Mosaiken

# Interview mit Stephanie Eymann und Baschi Dürr

## 2. Wahlgang Regierungsrat



### Die Ausgangslage für den 2. Wahlgang

Es ist für liberal Denkende sehr erfreulich, dass alle vier Kandidierenden von CVP, FDP und LDP nach dem ersten Wahlgang unter den ersten sieben sind und mit Conradin Cramer und Lukas Engelberger bereits zwei Bisherige definitiv gewählt sind.

Es geht nun im 2. Wahlgang vom 29. November um nichts weniger als die Wende im Regierungsrat. Nach 16 Jahren linker Dominanz scheint das nun möglich. Aber zuerst muss das 4er-Team mit Baschi Dürr (bisher) und Stephanie Eymann (neu) vervollständigt werden.

Die Karten werden teilweise neu gemischt, da Elisabeth Ackermann nicht mehr antritt und auch SVP-Kandidat Stephan Suter aus dem Rennen ausgestiegen ist.

Zudem werden auch die Karten im Kampf ums Präsidium neu gemischt, da der neue Regierungsrat Beat Jans sich nun auch ums Präsidialdepartement bewirbt.

**Stephanie Eymann, wie fühlt es sich an, auf Anhieb ein so tolles Ergebnis erreicht zu haben und bei der Präsidiumsfrage sogar an der Spitze zu sein?**

**Stephanie Eymann:** An diesem Sonntag waren für mich Freud und Leid sehr nah beieinander: So zwang mich die ausserordentliche Lage leider dazu, diesen spannenden Tag von zu Hause aus der Quarantäne zu verfolgen. Ein wahres Wechselbad der Gefühle, denn meine Eltern

wurden positiv auf Covid-19 getestet und mussten hospitalisiert werden.

Dass ich ein derart tolles Schlussresultat erhalten würde, hätte ich mir nie träumen lassen und dafür bedanke ich mich auch bei den FDP-Wählerinnen und -Wählern ganz herzlich. Es bestärkt mich sehr darin, im 2. Wahlgang nochmals «Vollgas» zu geben und tatkräftig mitzuhelfen, dass wir die bürgerliche Mehrheit schaffen werden. Das Resultat zeigt, dass die drei bürgerlichen Parteien uns vier unterstützt haben, das ist wichtig.

**Baschi Dürr, etwelche Auguren in den Medien und aus der Politik haben für Sie ein schlechtes Ergebnis vorausgesagt. Es ist nicht eingetroffen.**

### Wie sehen Sie die Ausgangslage?

**Baschi Dürr:** Auch ich bin sehr zufrieden, natürlich mit unserem Teamergebnis, aber auch mit meinem eigenen. Ich zielte auf einen Platz unter den ersten sieben und genau das habe ich erreicht. Deshalb gehe ich sehr zuversichtlich in die 2. Runde. Aber gewonnen ist noch nichts!

**Stephanie Eymann:** Wir haben eine gute Ausgangslage. Mit einer ähnlich grossartigen Unterstützung der Bürgerlichen können Baschi und ich zuversichtlich und mit voller Kraft in den 2. Wahlgang gehen.

### Was ändert sich Ihrer Meinung nach an der Ausgangslage mit dem Wechsel von Elisabeth Ackermann zur sehr linken Heidi Mück?

**Stephanie Eymann:** Spannend finde ich, dass Heidi Mück nun doch antritt, obwohl sie dies nach ihrer abgelehnten Job-Sharing-Idee ausgeschlossen hatte. Das lässt tief blicken, was die rot-grüne Verunsicherung nach dem ersten Wahlgang angeht. Auch die plötzlich aufgekommene Freude von Beat Jans am Präsidialdepartement ist eher aus der Not entstanden und weniger das Resultat langfristiger Planung.

**Baschi Dürr:** Es mag langweilig klingen, aber wir halten daran fest, womit wir offensichtlich auch im ersten Wahlgang mehr Baslerinnen und Basler überzeugen konnten als unsere Konkurrenz: Es gibt in diesen Krisenzeiten definitiv keinen Spielraum für Radikalforderungen von wo auch immer. Wir brauchen Führungsstärke, Kontinuität und Erfahrung.

*Fortsetzung auf Seite 6*



## Schweizer Söhne

### Malen Gipsen

Wir hinterlassen einen frischen Anstrich  
Malen, Gipsen, Isolieren, Tapezieren

061/381 83 15

Spalenring 14/16 CH-4055 Basel  
Zweigstelle: Schützenstrasse 2/4 4127 Birsfelden  
E-mail: malen@schweizersoehne.ch  
Homepage: www.schweizersoehne.ch

Fortsetzung von Seite 5

### Nicht nur die restlichen 3 Regierungssitze stehen im Fokus, auch das Rennen um das Präsidium.

**Baschi Dürr:** Das finde ich gut, denn das Präsidialdepartement ist und bleibt wichtig. Genau deswegen sind wir auch schon immer dafür angetreten. Und mit Stephanie haben wir nicht nur die klar führungserfahrenste Person im Präsidiumsrennen, sie hat im ersten Wahlgang auch am meisten Stimmen erzielt.

**Stephanie Eymann:** Die neue Idee von Rot-Grün, das Amt für Umwelt und Energie ins Präsidialdepartement zügeln zu wollen, zeigt, dass bei den Linken reine Machtpolitik betrieben wird. Heisst das, dass Christoph Brutschin und die rot-grüne Mehrheit keine gute Umweltpolitik gemacht haben? Heisst das, dass nicht – wie gesetzlich vorgesehen – das Regierungskollegium entscheidet, welche Dienststelle in welchem Departement sein soll, sondern die SP? Sachbezogene Politik und das Bekenntnis zum Kollegialsystem sehen anders aus. Wir haben keine «Stunde null» in der Umweltpolitik, es ist auch vor der Ära Jans viel erreicht worden, von allen Parteien.

### Sehen Sie es als Vorteil oder Nachteil an, miteinander in den 2. Wahlgang zu gehen?

**Stephanie Eymann:** Wir vier haben im Wahlkampf aufgezeigt, dass wir ein gutes Team sind, das sich gut ergänzt, versteht und – wichtig! – sich für tragfähige Lösungen einsetzt. Wir können zu zweit besser mobilisieren. Ich spüre in

den liberalen Parteien eine Aufbruchstimmung. **Baschi Dürr:** Nicht nur in unseren Parteien, sondern weit darüber hinaus. Ich erhalte viele Reaktionen aus den verschiedensten Lagern. Viele Baslerinnen und Basler haben erkannt, um was es jetzt geht. Im Zentrum steht die Coronakrise. Da braucht es Knochenarbeit und Pragmatik, keine Experimente.

### Was sehen Sie als Hauptargumente, die für Ihr 2er-Team sprechen?

**Stephanie Eymann:** Unsere Fach- und Sachkompetenz, die Führungserfahrung von Baschi und von mir. Die Tatsache, dass beide keine Hardliner sind und nicht extreme Positionen verfolgen wie Heidi Mück und Kaspar Sutter, dass wir offen sind und mit politisch anders Denkenden diskutieren und Kompromisse suchen.

**Baschi Dürr:** Unser Team besteht aus vier Personen! Lukas Engelberger und Conradin Cramer sind mit hervorragenden Resultaten bereits gewählt worden. Wir beide möchten im zweiten Wahlgang folgen. Und dann bilden wir unter Stephanies Leitung den neuen Regierungsrat. Dieser muss zum Team werden und darf nicht eine ideelle Fortsetzung des Parlaments bleiben, wie von Linken gefordert wird.

### Es wird bestimmt von linker Seite versucht werden, euch gegeneinander auszuspielen und euch eine interne Konkurrenz anzudichten. Was entgegnet ihr darauf?

**Stephanie Eymann:** An das haben wir uns bereits im Vorfeld des 1. Wahlgangs gewöhnt

(lacht). Ich kandidiere für das Präsidialdepartement. Punkt, Schluss!

**Baschi Dürr:** Ich vermute nicht, dass dies passiert. Denn es hat schon im 1. Wahlgang nicht geklappt...

### Der Entscheid fällt in der Mitte, wo auch die aufstrebende GLP mit Esther Keller hin will. Ist sie eine Gefahr für Ihren Sitz, Herr Dürr, und eine Gefahr fürs Regierungspräsidium, Frau Eymann, weil sie liberale Stimmen auf sich zieht?

**Baschi Dürr:** Jede Kandidatur ist ernst zu nehmen, und gewonnen ist noch gar nichts. Wir sollten aber nicht in erster Linie auf die Konkurrenz schießen, sondern mit unseren Stärken die Baslerinnen und Basler zu überzeugen versuchen, wie uns dies bereits im 1. Wahlgang gelungen ist.

**Stephanie Eymann:** Auch ich kann diese Fragen nicht abschliessend beantworten. Wie die linken Kandidaturen nehme ich auch diese ernst. Ich stelle fest, dass die GLP in Bern mehrheitlich links steht, was ja auch von Mitgliedern beklagt wird.

### Frage zum Schluss: Wo soll man das 3. Kreuzchen auf dem Wahlzettel machen?

**Stephanie Eymann:** Es würde mich freuen, wenn alle nicht links Gesinnten bei der Wahl in den Regierungsrat Baschi Dürr und auch Stephanie Eymann ankreuzen und sonst niemanden. Und dann noch – ganz wichtig – Stephanie Eymann für das Regierungspräsidium.

**Baschi Dürr:** Genau so!

## Parteitag sagt Ja zur «Trinkgeldinitiative»

Am 26. Oktober haben in Riehen Elias Schäfer, ehemaliger FDP-Grossrat und Vertreter der «Kulturstadt Jetzt», und Pascal Messerli, SVP-Grossrat, ihre Argumente für und gegen die «Trinkgeldinitiative» vorgetragen.

Elias Schäfer erklärte die Initiative. Es geht darum, dass jährlich mindestens 5% des ordentlichen kantonalen Kulturbudgets für die aktive Basler Jugendkultur (auch Alternativ-, Club-, Pop- oder Subkultur) in allen Sparten verwendet werden soll. Die Initiative ist nicht zu detailliert formuliert, so dass der Grosse Rat und die Regierung einen entsprechende Vorlage ausarbeiten können. Die alternativen und unabhängigen Kulturanbieter hätten immer mehr Zuschauer, aber im Verhältnis zu etablierten Kulturinstitutionen immer weniger Anteil am steigenden Kulturbudget. Auch neue und vielfältige Kultur-

formen sollen unterstützt und ermöglicht werden. Die bestehenden Fördermechanismen seien zu überdenken, neue Fördermodelle seien zu schaffen. Die Umsetzung der Initiative erfolgt innerhalb eines Jahres durch den Grossen Rat.

Demgegenüber betonte Pascal Messerli, dass die Initiative nicht nötig sei. Sie sei unformuliert und werde ohne Bericht vom Regierungsrat und ohne Diskussion in der eigentlich zuständigen Sachkommission direkt dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Weder ein Kompromiss noch ein Gegenvorschlag war somit möglich. 5% des Kulturbudgets, aktuell rund 7 Millionen Franken, seien kein Trinkgeld. Muss das Kulturbudget erhöht werden? Soll bei anderen Institutionen eingespart werden? Und wenn ja, wo? Institutionen werden so gegeneinander ausgespielt.

In der anschliessenden Diskussion zeigten sich mehrheitlich Pro-Voten. Die Abstimmung ergab dann 23 Ja-, 18 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Somit wurde die Ja-Parole zur «Trinkgeldinitiative» beschlossen.

## Wir sagen Ja zum Wohnschutzgesetz

Grossrat Andreas Zappalà stellte dem Parteitag in Riehen die Abstimmungsvorlage vor. 2018 nahmen die Stimmenden die Wohnschutzinitiativen an. Sie brachten damit zum Ausdruck, dass sie noch mehr Schutz der Mietenden wünschen. Der Grosse Rat und die Regierung erfüllten den Auftrag und änderten das Wohnraumförderungsgesetz, indem sie konkrete Mieterschutzbestimmungen in das Gesetz aufnahmen. Das geht linken Kreisen zu wenig weit. Sie wollen eine noch schärfere Variante erzwingen, weshalb sie das Referendum ergriffen haben. Für das Gesetz sind neben der Regierung und dem Grossen Rat viele Parteien und Verbände – darunter auch der HEV (Hauseigentümerverband).

Die Ja-Parole zum Grossratsbeschluss betreffend «Änderung des Gesetzes über die Wohnraumförderung» wurde einstimmig gefasst.

# Ja zum Hafenbecken 3

## Kantonale Abstimmung



### Pro und Contra Hafenbecken 3

Am Parteitag vom 26. Oktober in Riehen haben Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel, und Daniel Seiler, Präsident FDP Kleinbasel, die Pro- und Contra-Seite für die Finanzierung des Kantons für das trimodale Projekt «Hafenbecken 3» vertreten. Hier sollen Container, die per Schiff von den Nordseehäfen ankommen, direkt auf die Bahn und auf Lastwagen umgeschlagen werden. Das soll schneller und effizienter gehen als heute, und die Kapazität soll ausgebaut werden.

### Wichtig für Basel und die Schweiz?

In seinem Pro-Vortrag wies Martin Dätwyler vor allem auf folgende Punkte hin: Das trimodale Container Terminal («Gateway Basel Nord») verknüpft Rhein mit Schienen- und Strassenetz; die Finanzierung erfolgt durch Bund und Basel-Stadt; Umschlagskapazitäten werden erhöht und Verladungsprozesse optimiert; es entsteht ein diskriminierungsfreier Zugang für alle Marktteilnehmer; das Hafenbecken 3 stärkt die Region als Logistikstandort und erhöht den wirtschaftlichen Wert des Hafens. Dadurch könne sich Basel-Stadt als Verkehrsdrehscheibe weiterentwickeln und Arbeitsplätze sichern. Dazu eröffnen sich neue städteplanerische Perspektiven für Stadt Basel. Und für die jetzigen Naturflächen würden mehr Ersatzflächen bestimmt.

### Unnötige Inverstitution?

Daniel Seiler, der aus der Transportbranche

kommt, führte in seinem Contra-Vortrag vor allem diese Punkte auf: Hier würde ein Monopol entstehen und private Unternehmen gefährden; die Zufahrt für Schiffe zum Becken 3 sei kompliziert und eng; die angestrebte Verlagerung auf die Bahn werde nicht wie angedacht kommen, da Container in einem Radius von 150 km von Lastwagen transportiert werden; es gehe ein wichtiges Naturgelände verloren. Zudem würden für die Feinverteilung viele Lastwagen Kleinhüningen und Kleinbasel zusätzlich mit Verkehr belasten, was nicht akzeptabel sei. Es gäbe andere Möglichkeiten, den Containerumlad zu realisieren, indem der bestehende Hafen angepasst werde.

### Diskussion im Plenum

An der anschliessenden Diskussion kamen Wortmeldungen sowohl für als gegen das Projekt. Der Widerstand kam vor allem von Kleinbasler Seite und von Leuten aus der Transportbranche.

Andere sahen aber vor allem die Vorteile des Projektes, das langfristig und nachhaltig ausgelegt sei und hauptsächlich vom Bund finanziert werde. Zudem sei es für das Transportgewerbe, den Standort Basel sowie für die Landesversorgung wichtig. Für das Naturareal seien grössere Ersatzflächen vorgesehen.

### Ja-Parole beschlossen

Der Parteitag hat mit 35 Ja- zu 12 Nein-Stimmen die Ja-Parole zum Grossratsbeschluss betreffend «Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafenbeckens 3» beschlossen.

## Parolen

Wir empfehlen Ihnen diese Parolen für die Abstimmungen vom 29. November 2020:

Volksinitiative «Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» (Unternehmensverantwortungsinitiative) **Nein**

Volksinitiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» **Nein**

Grossratsbeschluss betreffend «Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafenbeckens 3» **Ja**

Volksinitiative «Aktive Basler Jugendkultur stärken: Trinkgeldinitiative» **Ja**

Grossratsbeschluss betreffend «Änderung des Gesetzes über die Wohnraumförderung» **Ja**

## Agenda

Sonntag, 29. November 2020,

**2. Wahlgang Regierungsratswahlen sowie eidgenössische und kantonale Abstimmungen**

Angesichts der Covid-19-Pandemie ist es schwierig, bereits jetzt Daten für 2021 verbindlich festzulegen. Wir werden Sie auf dem Laufenden halten.

## Vorstand



### Eva Jenisch ist unsere neue Finanzchefin

Leider ist es Sandra Siehler Wagner wegen einer Weiterbildung nicht möglich, wie geplant das Finanzressort zu führen. Als neue Finanzchefin hat der Parteitag einstimmig mit Applaus **Eva Jenisch** gewählt. Die selbstständige Beraterin verfügt über das notwendige Fachwissen. Sie wird das Ressort ab sofort betreuen und auch das Budget für 2021 erstellen. Der Vorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit ihr.



# Enkel-Strategie auf Erfolgskurs

Umfrageresultate machen Mitgliederanliegen sichtbar

Wir sagen 15 753 Mal Danke! Der grosse Rücklauf zur Enkel-Strategie-Umfrage macht deutlich, dass die FDP-Mitglieder gewillt sind, an der Zukunft unseres Landes mitzuarbeiten. Die Rückmeldungen zeigen, dass der Kurs der FDP breite Unterstützung erfährt. Die Herausforderungen von morgen können angepackt werden.

Rund 16000 FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz haben sich in den letzten Wochen an der grossen Umfrage zur Enkel-Strategie beteiligt. Damit wird sogar die Rücklaufquote der letztjährigen Umfrage zur künftigen Umwelt- und Klimapolitik der FDP noch übertroffen. Das ist umso erfreulicher, weil der soziale und politische Austausch in den letzten Monaten aufgrund der Covid-Pandemie erschwert wurde. Auch deshalb war es der FDP ein Anliegen, ihre Basis wieder aktiv einzubeziehen. Die starke Beteiligung an der Umfrage bestätigt deutlich das Bedürfnis unserer Mitglieder, sich politisch einzubringen. Die grosse Beteiligung freut auch Parteipräsidentin Petra Gössi: «Mit unserer Enkel-Strategie sorgen wir dafür, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch in einem Erfolgsmodell Schweiz leben können. Ich bin stolz darauf, dass die FDP-Mitglieder bereit sind, mit Pioniergeist die Zukunft der Schweiz mitzugestalten.»

Mit der Enkel-Strategie will die FDP die Weichen für eine liberale und zukunftstaugliche Politik in drei zentralen Bereichen stellen:

- Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort, der allen auch in Zukunft eine Arbeitsstelle bietet und somit ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.
- Für gesicherte Sozialwerke, damit auch kommende Generationen von Vorsorge- und Gesundheitsdienstleistungen profitieren können.
- Für intakte Lebensgrundlagen, sowohl was die Umwelt als auch die Infrastrukturen und die Energieversorgung betrifft.

Die Umfrage gab den FDP-Mitgliedern auch die Gelegenheit, sich zu den Werten der FDP zu äussern. Diese Möglichkeit wurde rege genutzt und zeigte, dass 87 Prozent der Mitglieder mit dem Kurs der FDP zufrieden sind – ein deutliches Bekenntnis zur FDP-Politik. Auch die heutige Finanzpolitik inkl. Schuldenbremse ist mit einer Zustim-

mung von 80 Prozent bei der Basis breit abgestützt. Als Hauptaufgabe des Staates definiert die Mehrheit der Umfrageteilnehmer das Thema Sicherheit. Aber auch die Handelsbeziehungen der Schweiz geniessen viel Unterstützung: Knapp 67 Prozent sind der Ansicht, dass die Schweiz keine Handelsbeziehungen gefährden, aber humanitäre Aspekte einbringen soll.

### Mehr Einsatz für Lebensgrundlagen

Die letzte grosse Mitgliederumfrage bildete die Basis für die aktuelle Umwelt- und Klimapolitik der FDP. Auch in der Umfrage zur Enkel-Strategie konnten sich die Teilnehmer im Bereich Lebensgrundlagen zum Engagement der FDP äussern. Zwei Drittel der Befragten gaben dabei an, dass sich die FDP stärker für die Lebensgrundlagen in der Schweiz engagieren soll, während 29 Prozent der Ansicht sind, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Mitglieder wünschen sich zudem eine starke Wirtschaft, die aber auch Nachhaltigkeitsaspekte berücksichtigt. Zu starkes Bevölkerungswachstum wird aber kritisch betrachtet. 58 Prozent macht die Vorstellung einer Schweiz mit 10 Millionen Einwohnern Sorgen.

*Fortsetzung auf Seite 9*

## Das Thema Vorsorge geniesst Priorität

Zu enkeltauglichen Lösungen gehört aber weit mehr als nur der Schutz der Umwelt. Deshalb deckt die Umfrage auch die Bereiche Altersvorsorge und Gesundheit ab. Schliesslich gilt das Nachhaltigkeitsprinzip ebenso für Sozialwerke, wenn kommende Generationen von deren Leistungen profitieren sollen. Die FDP setzt sich kontinuierlich mit Vorstössen für diese Anliegen ein, dazu kommt die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die sich momentan im Sammelstadium befindet. Dieser Einsatz wird von den FDP-Mitgliedern unterstützt und soll sogar noch ausgebaut werden. 61 Prozent der Befragten wollen, dass sich die FDP in Zukunft noch stärker für die Vorsorge in der Schweiz engagiert. 37 Prozent der Teilnehmer sind mit dem bisherigen Einsatz zufrieden. Dass das Thema Aufmerksamkeit verdient, ist offensichtlich. So schätzen nur gerade 13 Prozent der Teilnehmer die Wahrscheinlichkeit als hoch ein, dass im Jahr 2050 das Altersvorsorgesystem mit drei Säulen ein finanziell sorgenfreies Leben nach der Pensionierung ermöglicht. Damit das bewährte System weiterhin funktioniert, sind Massnahmen dringend nötig. Am meisten Zuspruch erhält dabei die Erhöhung des Rentenalters. Zudem wünschen viele Umfrageteilnehmer eine Stärkung der individuellen Vorsorge (3. Säule) sowie eine bessere Altersabsicherung von Teilzeitarbeit oder neuer Arbeitsformen.

## Wunsch nach mehr Flexibilität im Beruf

Damit die Altersvorsorge ihre Leistungen erbringen kann, ist eine gesunde Wirtschaft mit genügend Arbeitsplätzen unabdingbar. Zwei Drittel der Befragten wollen, dass sich die FDP mehr für die Arbeitsplätze in der Schweiz engagiert, während ein Drittel der Ansicht ist, dass das heutige Engagement ausreicht. Die Befragten wünschen sich insbesondere, dass die Flexibilität der Arbeit mehr Gewicht erhält, damit sich Freizeit/Familie und Beruf gut vereinbaren lassen. Damit die Unternehmen in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen können, brauchen sie gute Rahmenbedingungen. Gemäss 85 Prozent der Befragten soll dies durch Bürokratieabbau, bessere Investitionsbedingungen und eine massvolle Steuerbelastung geschehen. Dies soll ermöglichen, dass Arbeitsplätze weiterhin in der Schweiz bleiben. Die grösste Gefahr für künftige Generationen sei nämlich die Verlagerung von Jobs ins Ausland.

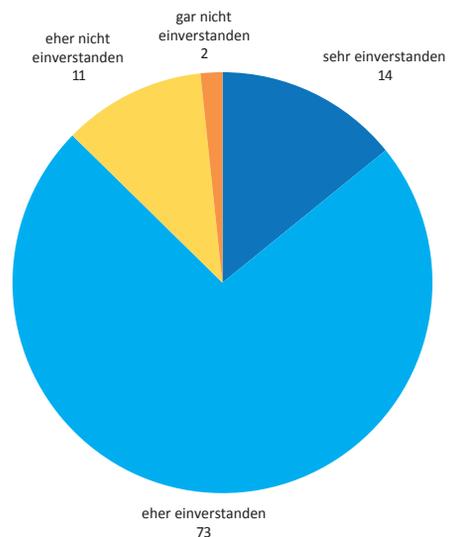
Dank der Umfrage zur Enkel-Strategie verfügt die FDP nun über einen breiten Strauss von wertvollen Rückmeldungen aus der Basis. Diese fliessen nun ein in die Erarbeitung der umfassenden Enkel-Strategie, die im Laufe des kommenden Jahres präsentiert wird.

Marco Wölfli

## Einverständnis Kurs FDP

«Ganz generell: Sind Sie mit dem heutigen Kurs der FDP einverstanden?»

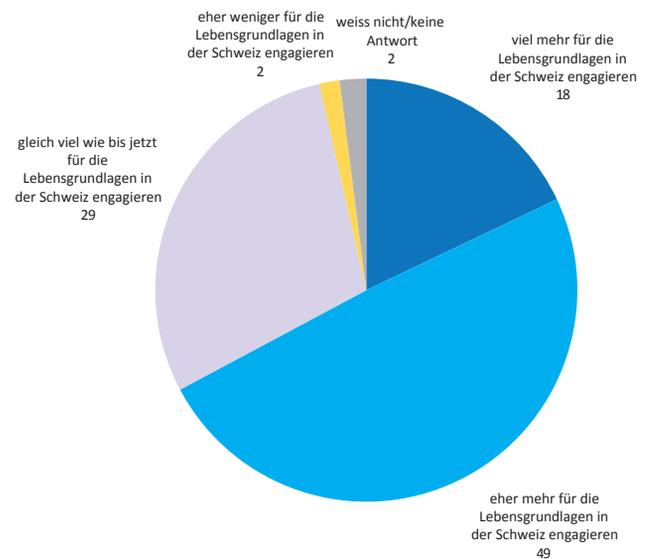
in % FDP-Mitglieder



## Engagement FDP auf Lebensgrundlagen

«Im Kapitel «Lebensgrundlagen» beantworten Sie Fragen zu Mobilität, Infrastruktur, Umwelt und Konsum. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

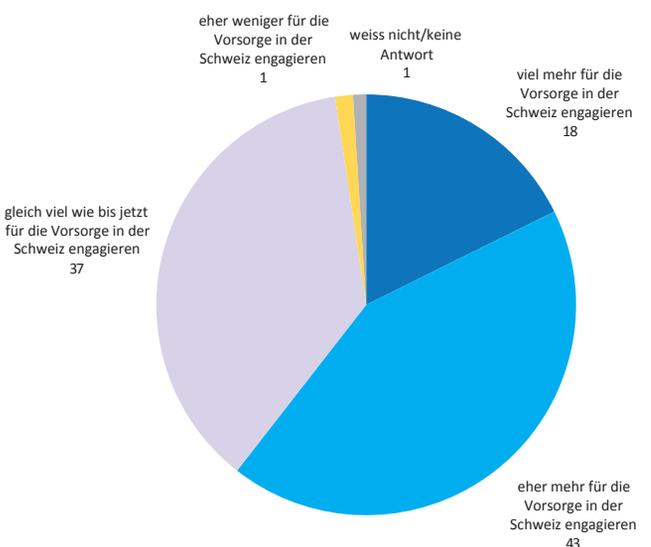
in % FDP-Mitglieder



## Engagement FDP auf Altersvorsorge und Gesundheitspolitik

«Im Kapitel «Vorsorge und Gesundheit» beantworten Sie Fragen zur Altersvorsorge und zur Gesundheit. Ganz generell, soll sich die FDP in Zukunft ...»

in % FDP-Mitglieder





# Für einen griffigen Klimaschutz

CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ausgewogen und zielgerichtet

Die FDP hat die Totalrevision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes, das in der Herbstsession 2020 im Parlament deutlich angenommen wurde, entscheidend geprägt und damit massgeblich zu einer mehrheitsfähigen und griffigen Vorlage beigetragen. Das Massnahmenpaket ist ausgewogen und ermöglicht die Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 durch Massnahmen im In- und Ausland. Es bringt zudem Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und eröffnet dem Gewerbe neue Chancen.

National- und Ständerat haben in der Herbstsession dank der Unterstützung der FDP dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz deutlich zugestimmt. Nachdem eine erste Version des Gesetzes vor zwei Jahren im Parlament noch nicht mehrheitsfähig war, brachte die FDP im Verlauf der weiteren Debatte zahlreiche Beschlüsse und Forderungen aus ihrem Positionspapier ein und konnte die vorliegende Fassung dadurch entscheidend mitprägen. Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz schafft die Grundlagen für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens, das die Schweiz ratifiziert hat. Er ist für mich bildlich gesprochen ein

Schweizer Innovationshaus. Ein Topfundament und das Dach sind vom Bundesrat mit Netto-Null definiert. Ein Ausbau von Stockwerken muss noch folgen. Fakt ist, es handelt sich um den ersten von mindestens drei Schritten, wollen wir das Ziel – bis 2050 bei den Treibhausgasemissionen eine «Netto-Null-Bilanz» aufzuweisen – schaffen.

Zugleich ist die Vorlage ein mehrheitsfähiger Kompromiss. Wenn jetzt verschiedene Gruppierungen dagegen das Referendum ergreifen, darunter nebst den Erdölhändlern oder der SVP auch Westschweizer Klimajugend-Sektionen, ist das

kurzsichtig und torpediert eine griffige Klimapolitik. Denn nichts tun, ist keine Option!

Das CO<sub>2</sub>-Gesetz braucht sich vor einer Volksabstimmung aber nicht zu verstecken. Die Massnahmen sind ausgewogen und zielführend und ermöglichen so die wichtige Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Referenzjahr 1990. Das Gesetz bündelt verschiedene Massnahmen in den Bereichen Verkehr, Gebäude und Industrie, damit alle ihren Beitrag zur Zielerreichung leisten.

### Effizienzgewinne und Chancen für die Wirtschaft

Dem Verkehrssektor kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Die CO<sub>2</sub>-Zielwerte für den Durchschnitt neuer Fahrzeuge werden weitergeführt, analog zu den Vorgaben in der EU, die neu auch für schwere Lastwagen gelten. Damit werden wir künftig sparsamere Fahrzeuge haben, was die massvolle Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise zur Kompensation des CO<sub>2</sub>-Austosses überwiegen wird. Auf Flugtickets wird künftig eine Lenkungsabgabe erhoben. Dabei profitieren jene, die wenig oder gar nicht fliegen. Die Abgabe beträgt zwischen 30 und 120 Franken, je nach Klasse und Reisedistanz, wobei die Hälfte der Einnahmen an die Bevölkerung zurückerstattet wird. Die andere Hälfte fliesst in den neuen Klimafonds, der u.a. auch durch ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Abgabe gespeist wird. Aus diesem neuen Fonds – übrigens eine der zentralen Forderungen aus dem Positionspapier – sollen u.a. innovative Projekte finanziert werden wie z.B. synthetisches Kerosin, damit Forschung in der Schweiz vorangetrieben werden kann. Ebenso wichtig sind die Massnahmen im Bereich Gebäude z.B. über die Fortführung und Optimierung des Gebäudeprogrammes oder die neuen CO<sub>2</sub>-Grenzwerte beim Heizungsersatz in Bestandesbauten. Das macht unseren Gebäudepark fit für die Zukunft, und das lokale Gewerbe profitiert von neuen Aufträgen.

### Wir halten, was andere nur versprechen

Die FDP hat 2019 eine griffige, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik beschlossen. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein wichtiger Schritt, um die Versprechen aus dem Wahljahr einzulösen. Neben dem Engagement für das CO<sub>2</sub>-Gesetz haben FDP-Parlamentarier rund 40 Vorstösse aus dem Umwelt- und Klimabereich eingereicht, beispielsweise für mehr Kreislaufwirtschaft, grüne Finanzprodukte oder mehr Transparenz für Konsumenten. Ein Grossteil dieser Vorstösse hat bereits Mehrheiten im Parlament gefunden. Dies ist parlamentarische Knochenarbeit mit liberalem Kompass!

**Damian Müller**  
Ständerat LU, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie

Rückhalt für das liberale CO<sub>2</sub>-Gesetz

## Fünf Stimmen für eine vernünftige Vorlage



### Nüchternes Ja zum CO<sub>2</sub>-Gesetz

Die Öffnung des Zielvereinbarungssystems für alle Firmen ist für Swissmem die Basis für eine Zustimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz. Dadurch ausgelöste Investitionen am CH-Produktionsstandort reduzieren auch künftig Emissionen. Schade ist der Verzicht auf eine rückerstattete Lenkungsabgabe beim Verkehr, und beim «Klimafonds» wird es zum Kampf um Subventionen statt zu technologieutraler Innovation kommen. Unabhängig davon liefert die Industrie effiziente, wirksame Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion. Diese haben das Potenzial, die Politik zu überholen. Fazit: ein nüchternes Ja zum Gesetz zugunsten des Arbeitsplatzes Schweiz.

**Stefan Brupbacher**  
Direktor Swissmem

### Kein Wunschkonzert

Das berühmte Haar in der Suppe findet man auch in diesem Gesetz. Jedoch ist ein Gesetz nicht ein Wunschkonzert, sondern das Ergebnis zwischen definierter Zielerreichung, machbaren Vorgaben und konstruktiven Mehrheiten. Für mich ist klar, wer zum Pariser Klimaabkommen Ja sagte, steht in der Pflicht, zur Umsetzung auch für ein gangbares CO<sub>2</sub>-Gesetz einzustehen!

**Peter Schilliger**  
Nationalrat und Unternehmer Gebäudetechnik,  
Udligenswil LU



### Übernehmen wir Verantwortung

Die freisinnigen Werte Verantwortung, Freiheit und Pragmatismus spielen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz eine wichtige Rolle. Es ist unsere Pflicht, die natürlichen Ressourcen für künftige Generationen zu schützen. Der Status quo ist keine Option. Eigenverantwortung, die Anwendung des Kausalitätsprinzips und die Stärkung von Forschung und Innovation ermöglichen es uns, diese Herausforderungen zu meistern. Die Anwendung dieses Gesetzes verursacht zwar Kosten, aber sollte nicht jeder Unternehmer zuerst investieren, um später zu profitieren?

**Jacques Bourgeois**  
Nationalrat und Mitglied der Umweltkommission



### Handeln, bevor es zu spät ist

Als Präsidentin einer Berggemeinde habe ich jahrelang hautnah miterlebt, welche negativen Auswirkungen der Klimawandel auf die Natur und auf uns Menschen hat: Hochwasser, Murgänge, Fels- und Bergstürze nehmen zu, die Gletscher schmelzen, gesperrte Strassenverbindungen und der Schneemangel verursachen wirtschaftliche Schäden. Wir müssen handeln, bevor es zu spät ist. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung.

**Anna Giacometti**  
Nationalrätin, Stampa GR

### CO<sub>2</sub>-Gesetz ist eine Chance

Als ehemalige Waadtländer Staatsrätin für Umwelt und Energie sehe ich das CO<sub>2</sub>-Gesetz als Chance, die Energiewende, die Wirtschaft sowie Innovation und nachhaltige Entwicklung in Einklang zu bringen. Wenn wir nicht wollen, dass uns Rot-Grün noch drastischere Verbote, Verpflichtungen und Massnahmen verordnet, müssen wir handeln, anstatt uns zu beklagen.

**Jacqueline de Quattro**  
Nationalrätin VD



# Ab auf die Strasse

Für eine nachhaltig finanzierte Altersvorsorge

Die ersten beiden nationalen Sammeltage des Jungfreisinns und der FDP. Die Liberalen für die Renteninitiative sind vorbei. Jetzt gilt es, am Ball zu bleiben. Am 5. Dezember findet die nächste nationale Sammlung statt. Alle Sektionen und Ortsparteien sind zur aktiven Teilnahme aufgefordert.

Die AHV ist in Schieflage und schreibt rote Zahlen; seit 2018 sogar in Milliardenhöhe! Unternehmen wir jetzt nichts, häuft sich bis 2045 ein Schuldenberg von 250 Milliarden Franken an. Das entspricht den Kosten von 20 Gotthard-Basistunneln!

Während bei der erstmaligen Auszahlung von AHV-Renten im Jahr 1948 durchschnittlich 3,4 Erwerbstätige einen Rentner finanzierten, sind es heute lediglich noch deren 1,9. Gleichzeitig stiegen die Bezugsjahre – bei gleichbleibenden 44 Erwerbsjahren – von 13 auf 23. Eine erfreuliche Entwicklung in Sachen Lebenserwartung; eine düstere Prognose für die Sozialwerke.

Diesem strukturellen Problem hat sich die Renteninitiative verschrieben. Um die AHV nachhaltig zu sanieren, sieht die Initiative drei Massnahmen vor: 1. gleiches Rentenalter für Mann und Frau bis 2032, 2. eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre bis 2032 und 3. eine Verknüp-

fung des Rentenalters mit der Lebenserwartung. Diese drei Massnahmen beheben das strukturelle Problem der AHV und verzichten auf Rentenkürzungen sowie auf die Erhöhung von Abgaben wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.

## Unterstützung von nationalen Parlamentariern

Nach dem Fristenstillstand aufgrund des Covid-19-Virus nahmen die Jungfreisinnigen die Unterschriftensammlung im Sommer wieder auf und intensivieren ihr Engagement im Herbst. Anfang Oktober führten die Jungfreisinnigen zusammen mit der FDP den ersten nationalen Sammeltag durch und gingen in vielen Regionen motiviert auf die Strasse. Bewaffnet mit Unterschriftenbogen und Klemmbrett waren die Sektionen der Jungfreisinnigen in der Romandie, in Zürich, Bern, Basel-land, Basel-Stadt, Luzern, Glarus, St. Gallen, Thur-

gau, Solothurn und Zug auf den Strassen. Dabei konnten sie auf tatkräftige Unterstützung von nationalen Parlamentariern zählen. Beispielsweise sammelten der Aargauer Ständerat Thierry Burkart in Adelboden und die Berner Nationalrätin Christa Markwalder in den Gassen Berns Unterschriften für eine sichere Altersvorsorge. Zudem wagten vereinzelte Ortsparteien der FDP erste Versuche im Unterschriftensammeln. Aus Sicht der Jungfreisinnigen war der erste nationale Sammeltag ein grosser Erfolg; in Luzern kamen beispielsweise bisher rund 3000 Unterschriften zusammen.

## Sammeloffensive vor Weihnachten

Damit die benötigten 100000 beglaubigten Unterschriften am 16. Juli 2021 fristgerecht eingereicht werden können, braucht es weiterhin den Einsatz aller! Die Jungfreisinnigen planen deshalb monatliche Sammeltage gemeinsam mit der FDP. Die Liberalen. Der nächste findet am Samstag, 5. Dezember, statt. Alle Sektionen der Jungfreisinnigen und FDP-Ortsparteien organisieren sich in Kleingruppen, bestellen via [info@renten-sichern.ch](mailto:info@renten-sichern.ch) Unterschriftenbögen und gehen am 5. Dezember für zwei bis drei Stunden auf die Strasse. Wer am Sammeltag nicht verfügbar ist, sammelt beispielsweise in der Familie, am Arbeitsplatz oder in Vereinen Unterschriften. Die Vorweihnachtszeit bietet genügend Gelegenheiten, dass jede und jeder nochmals fünf Unterschriften einsenden kann. Argumente, Infos sowie Sammeltipps gibt es auf [www.renten-sichern.ch](http://www.renten-sichern.ch).

Marco Wölfli



Romi Stebler ist am Bielersee aufgewachsen und eng mit der Region verbunden.



## «Ich freue mich, Entscheide zu treffen»

### Glanzvolle Wahl von Romi Stebler

Seit Anfang November ist Romi Stebler Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Als freisinnige Aussenseiterin setzte sie sich in der Wahl gegen den SP-Kandidaten durch.

Der intensive Abstimmungssonntag am 27. September hielt für Romi Stebler auch eine persönliche Überraschung bereit. Der 35-jährigen FDP-Frau gelang die Wahl zur Regierungstatthalterin des Verwaltungskreises Biel-Bienne. Seit der Verwaltungskreisreform vor zehn Jahren war das Amt stets in Händen von SP-Männern, und Steblers Herausforderer Bruno Bianchet wollte diese Tradition fortsetzen. Im Verwaltungskreis, in dem die rotgrün-dominierte Stadt Biel die Hälfte der Einwohner stellt, schien seine Ausgangslage gut. Dazu kam, dass Romi Stebler über keine Wahlkampferfahrung verfügte. «Ich hatte kaum Kenntnisse, wie man eine solche Kampagne aufzieht. Zum Glück konnte ich auf viel Unterstützung von Pierre-Yves Grivel, Peter Bohnenblust und ein engagiertes und motiviertes Team zählen», sagt Stebler. Neben dem Grossrat und ehemaligen Präsidenten der FDP Kanton Bern (Grivel) und dem Bieler Stadtparlamentarier (Bohnenblust) stand ein brei-

tes Netzwerk aus Politik, Wirtschaft, Sport und Kultur hinter ihr.

#### Französischsprachige Bieler im Fokus

Stebler, die selbst auch in Biel lebt, konzentrierte ihren Wahlkampf auf Biel, insbesondere auf die französischsprachige Bevölkerung. Umso mehr erstaunt, dass Stebler aus dem Lager ihres Kontrahenten vorgeworfen wurde, dass ihre Französischkenntnisse den Erfordernissen des Amtes nicht genügen würden. «Mein Französisch ist gut, aber nicht perfekt. Als Bielerin bin ich es gewohnt, dass jeder in seiner Muttersprache spricht und verstanden wird», lautet ihre gelassene Antwort. Dass die Gegner Steblers Sprachkenntnisse bemängelten, zeigt, wie wenig Angriffsfläche sie in fachlicher Hinsicht bot.

#### Mit der Materie bestens vertraut

Die Rechtsanwältin und Bauverwalterin arbeitete

bisher auf dem Regierungstatthalteramt Seeland in Aarberg. Die Welt der Regierungstatthalterämter ist daher kein Neuland für sie. «Mit meiner Erfahrung bin ich mit den Abläufen in einem Regierungstatthalteramt vertraut und kenne die zuständigen Personen.» Stebler schätzt auch die Vielfalt, die das Amt der Regierungstatthalterin mit sich bringt: «Man steht im Austausch mit Bürgern, Gemeinden, kantonalen Amtsstellen und ist in zahlreiche Bewilligungsverfahren eingebunden. Das sorgt für viel Abwechslung.» Als Regierungstatthalterin muss man teilweise auch umstrittene Beschlüsse fassen. Das schreckt Stebler nicht ab: «Ich freue mich darauf, Entscheide zu treffen.»

Dies tut sie bereits seit Anfang November, als sie ihr Büro im Schloss Nidau bezog. Die kurze Zeitspanne zwischen Wahl und Arbeitsbeginn sei intensiv gewesen, weil es in Aarberg noch viele Dossiers abzuschliessen gab. Zudem durfte Stebler auch noch zahlreiche Gratulationen beantworten. «Eine Stunde nach meinem Wahlsieg hatte ich bereits 120 Glückwunsch-Nachrichten auf dem Handy, und viele weitere folgten. Mittlerweile habe ich praktisch alle beantwortet», sagt Stebler. Damit ist sie gerüstet, dem Regierungstatthalteramt Biel neuen, freisinnigen Schwung zu verpassen.

**Marco Wölfli**

Susanne Vincenz-Stauffacher, Nationalrätin und Präsidentin FDP Frauen, am Herbstanlass in St. Gallen.



# Liberaler Beitrag zum Jubiläum

Interview mit Susanne Vincenz-Stauffacher

Die FDP Frauen lancieren im Februar eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung. Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher erklärt, welche Verbesserungen mit einer Individualbesteuerung verbunden sind und wie die FDP Frauen die erste Initiative ihrer Geschichte stemmen wollen.

**Im Parlament war die Individualbesteuerung mehrmals ein Thema, zudem ist noch eine Motion hängig. Wieso braucht es noch eine Initiative?** Es ist richtig, dass bereits verschiedenste Vorstösse, insbesondere aus FDP-Kreisen, eingereicht wurden. Konkret passiert ist bis anhin aber schlicht nichts! Zwar ist die Einführung der Individualbesteuerung nun auch in der aktuellen Legislaturplanung enthalten. Die Legislaturplanung hat aber keine Verbindlichkeit. Aus diesem Grund ist es uns ein Anliegen, mit unserer Initiative ein Ausrufezeichen zu setzen und so das Vorhaben energisch voranzutrei-

ben. Die Lancierung geschieht denn auch nicht zufällig jetzt resp. ganz konkret am 7. Februar 2021: Dann jährt sich die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen zum 50. Mal, und dies ist unser liberaler Beitrag zu diesem Jubiläum. Und nicht zuletzt: Mit dieser Initiative gehen wir FDP-Frauen – und hoffentlich viele zusammen mit uns – auf die Strasse, um Unterschriften zu sammeln. Wir bringen uns damit sichtbar ein.

**Was erhoffen Sie sich von der Initiative?** Die Einführung der Individualbesteuerung! Und damit

einhergehend eine zivilstandsunabhängige Besteuerung, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, mehr Frauen in den Arbeitsmarkt bringt und die Heiratsstrafe abschafft.

**Wer würde von der Individualbesteuerung profitieren?** Schlussendlich die Gesellschaft als Ganzes. Mit Einführung der Individualbesteuerung werden die negativen Erwerbsanreize für verheiratete Zweitverdienende – in der Regel Frauen – beseitigt. Dies bringt im Weiteren Nutzen für die Wirtschaft, da damit der Fachkräftemangel konkret angegangen werden kann, Mehreinnahmen hinsichtlich Steuern (was die zu erwartenden Steuerausfälle dämpft bzw. je nach konkreter Ausgestaltung der Individualbesteuerung mittel- und langfristig kompensiert) und auch hinsichtlich der Sozialversicherungen. Damit durch diesen Systemwechsel nicht neue Ungerechtigkeiten entstehen, schauen wir uns derzeit die Individualbesteuerungsmodelle anderer Länder an. Wir wollen im Sinne von «best practices» die sinnvollste Umsetzung in der Schweiz.

**Die FDP Frauen haben bisher noch keine Initiative lanciert. Wie gehen Sie vor, um die 100 000 Unterschriften zu kriegen?** Wir führen verschiedene Gespräche mit Exponentinnen und Exponenten, welche bereits eine Volksinitiative lanciert haben. Wir sind dankbar dafür, dass wir so von vielen Erfahrungen profitieren können. Da unsere Initiative von den einzelnen Frauensektionen in den Kantonen getragen wird, können wir bereits parteiintern auf ein breites und sehr motiviertes Team zählen. Der Vorteil unserer Initiative ist weiter, dass sie einfach zu erklären ist und einem seit langem diskutierten Bedürfnis entspricht. So haben sich bereits nach der Ankündigung der Lancierung zahlreiche Privatpersonen und Organisationen gemeldet, welche sich für die Unterschriftensammlung zur Verfügung stellen. Wir sind zuversichtlich, mit dieser breiten Allianz die benötigte Anzahl Unterschriften innert nützlicher Frist sammeln zu können.

**Was für Reaktionen haben Sie auf die Ankündigung am Herbstanlass erhalten?** Es waren praktisch ausschliesslich positive Reaktionen. Die Reaktion am Anlass selbst war schlicht überwältigend und hat uns als Geschäftsleitung sehr in unserem Vorhaben bestärkt.

**Arbeiten die FDP Frauen beim Sammeln der Unterschriften mit anderen Parteien und Organisationen zusammen?** Momentan sind wir daran, eine breite Allianz aufzubauen, denn nur mit vereinten Kräften ist es möglich, eine Volksinitiative zum Fliegen zu bringen. Es laufen aktuell verschiedenste vielversprechende Gespräche.

**Interview: Marco Wölfli**



# Eine Kampagne gegen die UVI

Unternehmer engagieren sich gegen die Initiative

Die Unternehmensverantwortungsinitiative ist ein Hochrisikoexperiment in Zeiten von Corona, das nicht zu verantworten ist. Sie schadet mit ihren radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne ihre hehren Ziele zu erreichen. Unterstützen Sie die FDP im Abstimmungskampf, und helfen Sie mit, dass die unvernünftige Initiative am 29. November klar abgelehnt wird!

Die Initianten greifen mit der Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) die Unternehmen in der Schweiz pauschal an. Sie polemisieren mit Einzelfällen und stellen die ganze Wirtschaft unter Generalverdacht. Bei genauerem Betrachten zeigt

sich nämlich: Die UVI trifft alle Unternehmen in der Schweiz. Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU – die 99,7 Prozent der Schweizer Unternehmen ausmachen.

Seit dem 19. Oktober hängen schweizweit fast 4000 FDP-Hohlkammerplakate.

### Betroffenheit der KMU unbestreitbar

Die UVI will zwar auf die Bedürfnisse von KMU mit geringen Risiken Rücksicht nehmen. In Realität kann jedoch nicht jedes Unternehmen separat betrachtet werden. Wir leben in einer komplett vernetzten Wirtschaft. Oft arbeiten unsere KMU mit grösseren Unternehmen zusammen als deren Auftragnehmer oder Zulieferer. Weil die UVI die Kontrolle der gesamten Lieferkette vorsieht, werden die grösseren Unternehmen die gleichen Auflagen, die sie selbst einhalten müssen, an ihre Zulieferer weitergeben. Dazu sind sie durch die Initiative gezwungen. So werden unsere KMU trotzdem die für sie kaum zu bewältigende Sorgfaltsprüfung durchführen müssen. Schliesslich haften alle Schweizer Unternehmen für Vergehen von Handelspartnern an Menschenrechten oder Umweltstandards.

«Die Haftungsbestimmungen der Initiative treffen nicht nur international tätige Konzerne, sondern auch unsere KMU.»

### Engagieren Sie sich jetzt für unsere Schweizer KMU!

Deshalb engagiert sich die FDP in ihrer Abstimmungskampagne gegen die Initiative, für einen Wirtschaftsstandort, dem in Zeiten von Corona nicht weitere Hürden auferlegt werden. Machen auch Sie sich für unsere Schweizer Unternehmen stark! Werden Sie auf unserer Webseite [www.kmu-gegen-uvi.ch](http://www.kmu-gegen-uvi.ch) Mitglied unseres KMU-Komitees und lassen Sie ein Testimonial erstellen. Und bestellen Sie dort Hohlkammerplakate, mit der Sie Ihr Engagement nach aussen tragen. Gemeinsam haben wir eine Chance, den Vorsprung der Initianten aufzuholen und die schädliche UVI an der Urne scheitern zu lassen.

### Anna Wartmann

*Mehr zur Unternehmensverantwortungsinitiative im Interview mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter auf Seite 16.*

(Bild: EJPD/Alessandro della Valle)



# Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand – Initiative will extreme Lösung

## Bundesrätin Karin Keller-Sutters Einsatz gegen die UVI

Am 29. November stimmen wir über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) ab. Sie verfolgt zwar hehre Ziele, schadet aber mit radikalen Forderungen dem gesamten Wirtschaftsstandort Schweiz, ohne dabei ihrem eigentlichen Ziel zu nützen. Bundesrätin Karin Keller-Sutter erläutert im Interview die Argumente gegen die Initiative.

**Frau Keller-Sutter, die Initiative verfolgt hehre Ziele. Weshalb lehnen Bundesrat und Parlament die Initiative dennoch ab?** Bundesrat und Parlament teilen das Ziel der Initiative, nämlich die Stärkung der Menschenrechte und des Umweltschutzes. Aber die Initiative ist zu radikal. Sie verlangt unter anderem, dass Unternehmen künftig auch für ihre Tochtergesellschaften oder wirtschaftlich abhängigen Zulieferer im Ausland haften, auch wenn sie rechtlich eigenständig sind. Liberale wollen, dass Unternehmen Verantwortung tragen und das Prinzip des ehrbaren Kaufmanns achten. Dass man auch für

Schäden haften soll, die Dritte zu verantworten haben, geht aber eindeutig zu weit und ist nicht liberal. Zuständig für Klagen wären zudem Schweizer Gerichte, die nach Schweizer Recht einen Sachverhalt im Ausland beurteilen müssten.

**Erreicht man mit dem Gegenvorschlag wirklich die gleichen Ziele?** Ja, und das wirksam! Die Initiative will eine extreme Lösung. Der Gegenvorschlag ist für Herz und Verstand. Auch der Bundesrat will Unternehmen künftig stärker in die Pflicht nehmen. Der Gegenvorschlag nimmt deshalb die be-

rechtigten Themen der Initiative auf und setzt beispielsweise bei der Kinderarbeit an. Das war mein persönliches Anliegen. Künftig müssen Unternehmen belegen, dass ihre ganze Lieferkette frei von Kinderarbeit ist. Bei der Kinderarbeit ist der Gegenvorschlag gleich streng wie die Initiative.

**Es handelt sich aber nur um ein Gesetz, nicht um einen Verfassungsartikel.** Stimmt. Und das ist auch von Vorteil. Wenn die radikale Initiative abgelehnt wird, kommt der indirekte Gegenvorschlag direkt zum Zug. Das schafft Rechtssicherheit für unsere Unternehmen und verhindert ein jahrelanges Tauziehen im Parlament. Zudem basiert der Gegenvorschlag auf dem bewährten Schweizer Haftungsrecht: Jedes Unternehmen haftet für die eigenen Schäden, vor Ort. Dazu kommen noch mehr Transparenz und neue Sorgfaltsprüfungspflichten sowie zudem eine Strafbestimmung. Es ist also ein ausgewogener und lösungsorientierter Gegenvorschlag.

### «Eine lückenlose Prüfung der Lieferkette ist nicht umsetzbar.»

**Könnte man bei einem Ja von einem Alleingang der Schweiz sprechen?** Ja. Die Haftungsregel der Initiative bedeutet klar einen Schweizer Alleingang und benachteiligt unsere Unternehmen gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten. Der Gegenvorschlag ist hingegen international abgestimmt und übernimmt die Bestimmungen, die in Europa auch gelten. Damit haben wir gleich lange Spiesse. Die Sorgfaltsprüfungspflichten der Initiative umfassen sämtliche Geschäftsbeziehungen eines Unternehmens. KMU beziehen oft Produkte aus vielen Ländern und von zahlreichen Lieferanten. Eine lückenlose Prüfung der gesamten Lieferkette ist nicht nur bürokratisch, sondern gar nicht umsetzbar.

**Die Initianten beharren darauf, dass KMU von der Initiative ausgenommen sind. Die Gegner wollen das Gegenteil. Wer hat Recht?** Der Initiativtext ist glasklar und spricht ausschliesslich von «Unternehmen». Konzerne werden nicht erwähnt. Wenn es den Initianten ausschliesslich um Konzerne gegangen wäre, hätten sie dies im Text so schreiben können. Oder sie hätten sagen können, dass z.B. nur Unternehmen mit 5000 Mitarbeitern betroffen sind, wie das Frankreich macht. Man muss sich auch bewusst sein, dass unsere Wirtschaft zu 98 Prozent aus KMU besteht und dass wir jeden zweiten Franken im Ausland verdienen. Es ist damit klar, dass auch zahlreiche KMU betroffen sein werden.

**Wie viele KMU wären denn von der Initiative betroffen?** Gemäss einer Studie von Sotomo sind etwa 80 000 Unternehmen betroffen, wovon wiederum 80 Prozent weniger als zehn Mitarbeiter beschäftigen. Diese Betriebe wären gegenüber ihren ausländischen Konkurrenten benachteiligt, was in diesen ohnehin unsicheren wirtschaftlichen Zeiten eine zusätzliche Belastung bedeutet.

**Was halten Sie vom Engagement gewisser Kirchen in diese Kampagne?** Es ist ihr Recht. Ich war aber immer der Meinung, dass sich die Kirchen zu übergeordneten Fragen und nicht zur Tagespolitik äussern sollten. Die Kirchen sollten auch nicht vergessen: Ihre Gläubigen haben unterschiedliche Ansichten. Im Familien- und Freundeskreis nehme ich wahr, dass sich einige durch dieses aktuelle Engagement ausgegrenzt fühlen.

**Sind die Folgen der Initiative nicht vertretbar, im Hinblick darauf, dass damit die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards rund um die**

**Welt eingehalten werden?** Es gibt keinen Grund, warum unsere Unternehmen strengere Standards einhalten sollten als ihre Konkurrenten im Aus-

land. Man muss auch das Risiko sehen, dass in Schwellen- oder Entwicklungsländern angesehene Schweizer Unternehmen sich zurückziehen und damit die Entwicklung und die Arbeit vor Ort nicht mehr möglich ist. Dann kommen Unternehmen aus Staaten, die weniger Wert legen auf den Schutz von Mensch und Umwelt.

**Interview: Anna Wartmann**



Justizministerin Karin Keller-Sutter vertritt das bundesrätliche Nein zur UVI.

(Bild: EJPD)

# Delegierte stellen sich hinter das CO<sub>2</sub>-Gesetz

### Wegweisende Entscheide an digitaler DV

Knapp 300 Delegierte nahmen von extern an der DV teil und fassten die Parolen zum CO<sub>2</sub>-Gesetz, zur UVI und zum Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Bundesrat Ignazio Cassis erläuterte den Stand des Rahmenabkommens.

Die letzte Delegiertenversammlung des Jahres fand in Luzern leider ohne physische Präsenz der Delegierten statt. Das Schutzkonzept stand bereit, und die Vorfreude auf den persönlichen Austausch war gross – denn davon lebt die Politik. Doch angesichts der stark steigenden Corona-Infektionen nahm die FDP ihre Verantwortung zur Eindämmung der Pandemie wahr und führte die DV via Zoom durch.

Schliesslich haben knapp 300 Delegierte online über drei Vorlagen diskutiert und die Parolen gefasst. Nach einer lebendigen Diskussion haben die Delegierten das CO<sub>2</sub>-Gesetz klar unterstützt. Damit

stellt sich die FDP als erste Partei hinter die Vorlage, sollte es zu einer Referendumsabstimmung kommen. Ein Nein an der Urne würde den Klimaschutz um Jahre blockieren. Mit ihrem Entscheid knüpfen die Delegierten an das Positionspapier vom Juni 2019 an. Damals hat die FDP ein Versprechen abgegeben: Es liegt in unserer Verantwortung, den künftigen Generationen gut erhaltene, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern. «Ich bin sehr froh und stolz, dass die Delegierten das CO<sub>2</sub>-Gesetz so klar mittragen. Dank der harten Arbeit der FDP ist es eine wirksame und gleichzeitig freisinnig geprägte Vorlage geworden», betonte Petra Gössi.

### Klares Nein zur UVI

Die Delegierten haben auch über die Unternehmensverantwortungsinitiative (UVI) diskutiert, über die am 29. November 2020 abgestimmt wird. Bundesrätin Karin Keller-Sutter richtete sich in einer Videobotschaft an die Delegierten und überzeugte sie, diese gefährliche Initiative abzulehnen. Der Beschluss der Delegierten fiel mit 249 zu 9 bei 4 Enthaltungen sehr deutlich aus. Der Gegenvorschlag, der bei einem Nein zur UVI automatisch in Kraft tritt, nimmt berechnete Anliegen der UVI auf und orientiert sich an strengen internationalen Standards.

Mit dem Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste werden die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Anerkennung von elektronischen Identifizierungsmitteln und von deren Anbietern geschaffen. Die Delegierten beschliessen mit 230 zu 16 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Ja-Parole.

Zur GSoA-Initiative hatte die Parteipräsidienkonferenz am Vorabend der DV bereits einstimmig die Nein-Parole beschlossen. Die gefährliche Initiative gibt vor, die Welt friedlicher zu machen, kann dieses Ziel aber nicht einlösen. Stattdessen gefährdet sie mit einer komplizierten und unsinnigen Regulierung die Vorsorgevermögen von allen Menschen in unserem Land. AHV und Pensionskassen müssten ihre Anlagen an komplexe und nicht mit vernünftigem Aufwand umsetzbare Vorgaben ausrichten.

Marco Wölfli



Eine Bühne in einem leeren Saal – die Delegierten haben gefehlt.

(Bilder: Désirée Dittes)



Gespanntes Warten auf die Resultate der Abstimmung über das CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Die Referentinnen und Referenten waren bereit für ihre Auftritte.



Parteipräsidentin Petra Gössi bedauerte die Absage der physischen DV.



Der Luzerner Ständerat Damian Müller warb für das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Die St. Galler Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher diskutierte über das CO<sub>2</sub>-Gesetz.



Fraktionspräsident Beat Walti und die Genfer Nationalrätin Simone de Montmolin bei der Diskussion über die UVI.



Bundesrat Ignazio Cassis informierte via Liveschaltung über den Stand des Rahmenabkommens.



# Wintersession unter ungewissen Vorzeichen

Covid-19, Altersvorsorge und Budget

Inmitten der zweiten Welle der Corona-Infektionen findet die Vorbereitung der Wintersession unter ungewissen Vorzeichen statt. Trotzdem ist für die FDP klar, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten wird, um die Beschlussfassung zu den Corona-Massnahmen und weiteren Geschäften fortführen zu können.

Wie alle bisherigen Sessionen im Jahr 2020 wird auch die Wintersession durch Corona geprägt sein, und die Räte werden unter strengen Sicherheitsmassnahmen tagen. Trotzdem sind die Vorzeichen insofern ungewisser, da die Ansteckungszahlen mit Corona-Infektionen leider erneut stark steigen. Die Durchführung könnte darum je nach Anzahl der Abwesenheiten von Ratsmitgliedern in Frage

gestellt werden. Trotzdem ist die FDP-Liberale Fraktion weiterhin klar der Meinung, dass der Ratsbetrieb, wenn irgendwie möglich, aufrechterhalten werden muss. Denn die in der Wintersession vorgesehenen Geschäfte haben es in sich und sind zentral für das kurz- und langfristige Funktionieren unserer Institutionen, Gesellschaft und Wirtschaft.

### Covid-19: Solidarbürgschaften

Als Folge der Corona-Krise wurden bereits mehrere Vorlagen zur Unterstützung der Bevölkerung und Wirtschaft beraten sowie das in der Herbstsession verabschiedete Covid-Gesetz. Auch in der Wintersession wird sich das Parlament erneut mit Corona-bezogenen Geschäften befassen. Unter anderem wird das Solidarbürgschaftsgesetz beraten, das bereits in der Sondersession durch den Nationalrat behandelt wurde. Dabei sollen die Rückzahlungsmodalitäten und Verzinsungen gesetzlich festgehalten werden, wobei die FDP hier möglichst gute Voraussetzungen schaffen will, damit die Kredite zurückgezahlt werden können.

### Covid-19: Geschäftsmieten

Die FDP wehrte sich bereits an der Sondersession im Oktober geschlossen gegen ein Eintreten auf das Covid-19-Geschäftsmietegesetz. Sie unterlag in der grossen Kammer aber hauchdünn, wodurch nun an der Wintersession die Detailberatung stattfinden wird. Die FDP wird sich weiterhin gegen diese untaugliche Pauschallösung einsetzen, da diese mehr neue Ungerechtigkeiten schafft als sie Lösungen für die unterschiedlichsten gelagerten einzelnen Mietverhältnisse bringt und zusätzlich ungerechtfertigterweise in die Eigentumsrechte und Wirtschaftsfreiheit eingreift. In den vergangenen Monaten konnten sich zudem sehr viele Mieter und Vermieter auf gemeinsame Lösungen einigen.

### Vorsorge

Nach der kurzfristig verschobenen Beratung der AHV 21 in der Herbstsession steht der Erstberatung im Ständerat nichts mehr im Weg. Es wird absolut zentral sein, dass sich die bürgerlichen Parteien auf eine gemeinsame Lösung einigen können, die die Angleichung des Rentenalters 65 endlich mehrheitsfähig gestaltet und z. B. bezüglich Mehrwertsteuererhöhung vernünftig bleibt. Der grosse Streitpunkt wird aber sicherlich die Kompensation der Rentenalterserhöhung der Frauen bleiben. Auch hier wird sich die FDP für eine vernünftige Lösung einsetzen, die die finanziellen Verbesserungen nicht gleich wieder zunichte macht.

### Budget

Wie üblich in der Wintersession wird das Budget für das nächste Jahr verabschiedet und wird dabei beide Räte mit der Differenzbereinigung während der drei Sessionswochen auf Trab halten. Unter den speziellen Voraussetzungen der Corona-Schulden ist der finanzpolitische Ausblick schwierig. Es ist unter diesen Umständen umso wichtiger, dass über das reguläre Budget hinaus keine neuen Mehraufwände definiert werden und die Schuldenbremse eingehalten werden kann.

Beat Walti, Nationalrat ZH, Fraktionspräsident



## Zu früh für ein definitives Urteil

Gastbeitrag von Petra Gössi in der «SonntagsZeitung» vom 11. Oktober

Beim Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU sind wichtige Fragen offen. Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht, für Klärung zu sorgen. Erst danach ist ein definitives Urteil möglich.

Am 27. September haben sich die Schweizerinnen und Schweizer klar für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen – den umstrittensten Teil der bilateralen Verträge. Dieser Entscheid hat mich sehr gefreut. Er hat bestätigt, dass die Schweizerinnen und Schweizer den pragmatischen Weg zwischen Abschottung und EU-Beitritt weitergehen wollen. Ein Weg, der unserem Land Arbeitsplätze und Wohlstand gebracht hat.

### Der Gesamtbundesrat ist in der Pflicht

Nun fokussiert sich die Diskussion richtigerweise auf das Rahmenabkommen. Wir haben bei der bundesrätlichen Konsultation Anfang 2019 die Klärung der offenen Punkte bei der Unionsbürgerrichtlinie, den flankierenden Massnahmen und der Guillotineklausel gefordert. Diese Position hat sich seither nicht verändert.

Wir erwarten nun, dass die Gespräche mit der EU aufgenommen werden. In der Pflicht stehen der Gesamtbundesrat und namentlich auch die Bundes-

präsidentin. Die Regierung hat letztes Jahr der EU in einem Brief Klärungsbedarf angekündigt – jetzt muss sie nachfassen. Danach werden wir sehen, ob all diejenigen Verbesserungen und Präzisierungen erreicht werden konnten, welche nun im Raum stehen und die für eine Akzeptanz des Rahmenabkommens wesentlich sind.

Gelingt es dem Bundesrat, die offenen Punkte zufriedenstellend zu klären, entschärft sich auch die Souveränitätsfrage. Dies zum Beispiel mit einer belastbaren Zusage, dass die Schweiz die Unionsbürgerrichtlinie nicht integral übernehmen muss und wir die flankierenden Massnahmen ohne dynamische Anpassungen beibehalten können.

### Das Rahmenabkommen nicht vorschnell totsagen

Ich finde es zum jetzigen Zeitpunkt falsch, das Rahmenabkommen definitiv totzusagen. Ja, es sind noch diverse Fragen offen, so auch bei den flankierenden Massnahmen. Doch die Gewerkschaften

blockieren mit ihrer Fixierung auf die acht Tage Kontrollfrist das gesamte Dossier. In ihrem doktrinären Eifer übersehen sie, dass das Abkommen zum ersten Mal überhaupt die flankierenden Massnahmen verbietet. Die acht Tage – eine Regelung aus den frühen Nullerjahren – lassen sich dank neuen digitalen Kommunikationsmitteln verkürzen, ohne die Wirkung abzuschwächen. Die klare Ablehnung der Begrenzungsinitiative durch die Schweizer Bevölkerung stärkt dem Bundesrat den Rücken für die Gespräche mit der EU. Die Parteien wie auch die Sozialpartner hingegen sind in der momentanen Phase Zuschauer. Ihr Stimmengewirr und die teilweise fundamentale Opposition schwächen den Bundesrat nur.

Wenn andere Bundesratsparteien und die Sozialpartner das Rahmenabkommen jetzt schon beerdigen wollen, ist das ihre Verantwortung. Die FDP hingegen steht für eine konstruktive Politik. Wir warten auf das Resultat der Gespräche und analysieren es dann eingehend. Und letztlich ist sowieso klar: Am Ende entscheiden wieder die Schweizerinnen und Schweizer an der Urne.

**Petra Gössi, Nationalrätin,  
Präsidentin der FDP. Die Liberalen**



# Fernziel Elternzeit

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Abstimmung zur Einführung des Vaterschaftsurlaubes bot die Gelegenheit, das Bedürfnis von Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu thematisieren. Eine zeitgemässere Lösung, welche die Rollenbilder nicht zementieren würde, bietet aber nur eine Elternzeit.

So kurz der zweiwöchige Vaterschaftsurlaub sein mag, es war an der Zeit, dass die Schweiz einen gesetzlich geregelten Urlaub eingeführt hat. Meines Erachtens ist das Ziel noch nicht erreicht. Doch der Etappensieg ist ein Kompromiss, der besser ist als nichts. Trotz der Corona-bedingt wirtschaftlich düsteren Lage ist die Vorlage mit 60 Prozent angenommen worden. Die Stimmbürgerinnen und -bürger setzten ein Zeichen, für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dennoch hinkt die Schweiz im internationalen Vergleich hinterher. Mit der Annahme ist ein Grundstein für weitere Schritte gelegt worden, denn bis das Anliegen der Elternzeit durchkommt,

können Jahre vergehen. Eine Ablehnung der Initiative hätte dies blockiert.

### Regionale Unterschiede

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die ländliche Deutschschweiz und die Ostschweiz gegen einen Vaterschaftsurlaub gestimmt haben, während es in der Westschweiz und im Tessin grosse Zustimmung gab. Sind die ländlichen Regionen tatsächlich konservativer gestimmt, oder sind die Gründe für die Ablehnung womöglich andere? Die Gründe sind vielfältig: mangelnde oder kaum bezahlbare Angebote für externe Kinderbetreuung oder fehlende Möglichkeiten für Teilzeitarbeit,

ohne dass dies einen Karriererückschritt bedeuten würde, können ausschlaggebend gewesen sein. Ein föderaler Ansatz – wie es bei der Mutterschaftsversicherung der Fall war – könnte der Elternzeit in die Karten spielen. So wie jede Firma eine eigene Elternzeit bestimmen kann, sollte dies auch im Rahmen der Bundesregelung in jedem Kanton möglich sein. Die Zuständigkeit der Elternzeit zwischen Bund und Kanton müsste jedoch neu ausgehandelt werden, da nach der heutigen Regelung die Einführung eines Elternurlaubs in die bundesrechtliche Zuständigkeit fällt und kantonale Regelungen deshalb unzulässig sind.

### Liberales Familienbild

Die Diskussionen und Forderungen um eine Elternzeit sind nach dieser Abstimmung lanciert. Unter den Befürwortern herrscht aber Uneinigkeit bei der Frage nach dem Modell: Wie viele Wochen soll die Elternzeit umfassen? Wie viel davon sollen frei aufgeteilt werden? Bereits vor zwei Jahren hat die FDP einen 16-wöchigen Elternurlaub gefordert, der aber vom Parlament abgelehnt wurde. Die



Muriel Frei

ersten acht Wochen wären für die Mutter reserviert gewesen, und acht weitere Wochen hätten frei unter den Eltern aufgeteilt werden können. Der 16-wöchige Elternurlaub wäre im Vergleich zu den nun geltenden 14 Wochen Mutterschafts- und 2 Wochen Vaterschaftsurlaub deswegen zeitgemässer gewesen, da dieser flexible Lösungen ermöglicht hätte, anstatt alte Rollenmodelle zu zementieren. Dazu meint FDP-Nationalrätin Susanne Vincenz-Stauffacher: «Die Rollenverteilung in einer Familie wird früh bestimmt.» Letztlich würden von der Elternzeit nicht nur Eltern und Kind profitieren, sondern auch die Erwerbsquote der Frau stiege an.

**Muriel Frei, Gemeinderätin Teufen (AR),  
Master-Mentee und Vorstandsmitglied JFAR**

## Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen



NEIN

**Unternehmensverantwortungsinitiative**



NEIN

**Initiative für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten**

## AGENDA

**6. Februar 2021**

Delegiertenversammlung in Martigny

**3. Juli 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

**28. August 2021**

Sternenwanderung in Thun

**2. Oktober 2021**

Delegiertenversammlung, Ort noch offen

### Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Masken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter [www.fdp.ch/shop](http://www.fdp.ch/shop) bestellen.

## Liberales Forum Meilen

**Gespräche über die Zukunft des Liberalismus**

Save the date: 16. Januar 2021

Teilnahme beschränkt  
Übertragung des Anlasses  
per Livestream

[www.liberalesforummeilen.ch](http://www.liberalesforummeilen.ch)



**Dr. Christian Rathgeb**  
Regierungsrat  
Präsident KDK



**Michael Theurer**  
MdB, Stellvertreter  
der Vorsitzender FDP-  
Bundestagsfraktion



**Susanne Vincenz-Stauffacher**  
Nationalrätin  
Präsidentin FDP  
Frauen Schweiz



**Kaspar Villiger**  
alt Bundesrat



**Prof. Dr. Reiner Eichenberger**  
Lehrstuhl für Theorie  
der Finanz- und Wirtschaftspolitik  
Uni FR

**Führungsstark.**



**BASCHI**

**DÜRR**



**ins Präsidium**

**STEPHANIE**

**EYMANN**

**CRAMER**

**DÜRR**

**ENGELBERGER**

**EYMANN**

**IhrRegierungsrat.ch**